

Was kommt nach Corona?

Die dritte Woche des von der Regierung verordneten „Shutdowns“ liegt hinter uns. Der Kanzler und seine Minister bestätigen einander täglich, dass sie alles richtig machen und „alternativlos“ handeln. Der Polizeiminister stößt im Tagesrhythmus martialische Drohungen gegen Spaziergänger aus und die Grünen in der Regierung träumen bereits davon, das im Zuge der Krise etablierte, totalitäre Regime nach Abflauen der Pandemie weiterführen zu wollen. Immerhin steht ja auch noch das Weltklima auf dem Spiel.

Was es „danach“ noch weiterzuführen geben wird, ist noch nicht ganz klar, denn im Augenblick deutet alles darauf hin, dass der Coronakrise eine noch erheblich schlimmere *Wirtschaftskrise* folgen wird, deren Ausmaß nicht ansatzweise abschätzbar ist. Die bereits auf uns zurollende Serie von Firmenpleiten und Kreditausfällen, die den Banken erhebliche Probleme bereiten werden, ist momentan noch schwer in Zahlen zu fassen. Per 1. 4. halten wir jedenfalls bei der Nachkriegsrekordmarke von 562.000 Arbeitslosen – Tendenz weiterhin steigend. Diese Arbeitslosigkeit, das sollte nicht übersehen werden, geht nicht auf das Konto des Virus, *sondern allein auf das der Regierung*. Viren ruinieren keine Unternehmen und beseitigen keine Arbeitsplätze. Kanzler Kurz und sein Vize Kogler tun das – und sei es als Folge in bester Absicht entfalteter Aktivitäten.

Beiderseits des Atlantiks wirkt sich die „alternativlose“ Lahmlegung der Wirtschaft auf verheerende Weise aus: stellt man in Rechnung, dass ein Wirtschaftswachstum von etwa zwei Prozent erforderlich ist, nur um das Beschäftigungsniveau zu *halten*, kann man sich ausmalen, was ein Minus von fünf Prozent und mehr bedeuten wird.

Während die Beschwichtigungshofräte von WIFO und IHS ihre Prognosen nur moderat nach unten korrigieren, kommen aus den USA dramatischere – und wohl auch realistischere - Zahlen: Goldman Sachs prognostiziert für das erste Quartal 2020 ein Minus von neun Prozent und für das zweite Quartal eines von –34 Prozent der Binnenwirtschaftsleistung. Die Arbeitslosenrate in den USA wird sich in der Jahresmitte demnach auf etwa 15 Prozent erhöhen. Eine derart hohe Arbeitslosigkeit, wie es sie seit den 1920er-Jahren nicht gegeben hat, wird auch Österreich nicht erspart bleiben.

In Fernost zeigt sich, dass es auch anders geht. Dort beschreiten viele Regierungen einen Weg, der sich für das Leben der Menschen und deren wirtschaftliche Existenzgrundlage weniger schädlich erweist, als die in Europa und in den USA gefahrene Strategie. So ist beispielsweise in Südkorea, Taiwan und Singapur keine Rede von einem totalen Stillstand. Dafür werden in diesen Ländern wesentlich mehr Testungen durchgeführt als hierzulande und in der Folge selektive Maßnahmen ergriffen – wie die Isolation von infizierten Personen und Hochrisikogruppen. Auch das obligatorische Tragen von Gesichtsmasken trägt dort, wie es scheint, zur Verringerung der Ansteckungsgefahr bei. Die fernöstliche Vorlage wurde von der Bundesregierung und ihren Experten ignoriert, alle entsprechenden Vorkehrungsmaßnahmen verschlafen. Und jetzt besitzen Kanzler Kurz und seine Genossen auch noch die Chuzpe, die Kosten der mit einem Male überfallsartig verordneten Mundschutzmaskenverteilung dem Handel umzuhängen. Der steht nun vor dem Problem, rasch ausreichende Mengen geeigneten Materials zu besorgen.

Die Corona-Pandemie liefert Regierungen und Zentralbanken einen billigen Vorwand dafür, alle Hemmungen über Bord zu werfen und Europa und die USA noch stärker mit Geld zu fluten als bisher. Die FED hat den Leitzins auf die Nulllinie gesenkt und die Trump-Administration mobilisiert zwei Billionen Dollar zur Konjunkturstützung. Dafür ertönt in Europa immer lauter der Ruf nach einer Schulden- und Haftungsgemeinschaft, sowie nach der EZB-satzungsgemäß unzulässigen, direkten Staatsfinanzierung mit der Notenpresse.

Die Bürger zeigen in diese Situation eindeutig mehr Gespür für das auf uns zukommende Drama als die Nomenklatura: trotz des kräftig gestiegenen Goldpreises sind viele Edelmetallhändler seit Wochen ausverkauft. Ausgeprägte Pessimisten haben – beiderseits des Atlantiks - zudem Vorräte an Konserven und Munition angelegt.

Leider begünstigt das herrschende politische System extremes Kurzfristen Denken. Dass wir „*auf lange Sicht gesehen alle tot sind*“ (© Maynard Keynes) könnte sich schneller als wahr herausstellen als man denkt, - leider aber erst dann, wenn sich die Erkenntnis Bahn bricht, dass ohne funktionierende Wirtschaft auch das beste Gesundheitswesen der Welt nicht zu finanzieren ist. Mit dem „Shutdown“ aber wird die Wirtschaft zerstört oder zumindest schwer geschädigt. Die Vorstellung, dass die Regierung in ein paar Wochen einfach einen Schalter umlegt und daraufhin alles wieder laufen wird wie zuvor, ist völlig unrealistisch. Die Wiederherstellung des Status quo wird Jahre dauern. Bis es so weit ist, werden wir durch ein tiefes Tal der Tränen gehen.

a.toegel@atomed.at